

PARLAMENTARISCHER KOOPERATIONSAUSSCHUSS EU-RUSSLAND

SECHSTES TREFFEN

24.-25. September 2003

STRASSBURG

Gemeinsame Erklärung

25. September 2003
EUR/SP/cs

DV\539347DE.doc

PE 342.085

DE

DE

Parlamentarischer Kooperationsausschuss EU - Russland

Sechstes Treffen

Strassburg, 24. und 25. September 2003

Stellvertretende Vorsitzende: Herr Bart STAES und Herr Vladimir P. LUKIN

Gemeinsame Erklärung

gemäß Artikel 89 des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens

Der Parlamentarische Kooperationsausschuss hat auf seinem sechsten Treffen am 24. und 25. September 2003 in Strassburg den Stand und die Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland im Rahmen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens erörtert.

Herr Bart STAES (EP-Delegation) und Herr Vladimir LUKIN (Russische Delegation) führten den Vorsitz. Während des Treffens sprachen S.E. Herr Michail FRADKOV, Botschafter der Russischen Föderation bei der EU und Minister der Regierung der Russischen Föderation, Senator Roberto ANTONIONE, Unterstaatssekretär, als Vertreter der amtierenden italienischen Ratspräsidentschaft, und Herr Michael LEIGH, stellvertretender Generaldirektor für Außenbeziehungen als Vertreter der Europäischen Kommission.

Während des Treffens wurden folgende Themen erörtert:

- die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Russischen Föderation und in der EU;
- das Gipfeltreffen EU-Russland am 6. November 2003 in Rom;
- die Ergebnisse des Gipfeltreffens EU-Russland im Mai 2003 in St. Petersburg und insbesondere die Politik gemeinsamer Räume für gemeinsame Maßnahmen auf den Gebieten Wirtschaft und Handel, Inneres und Justiz, Bildungs- und Kulturpolitik sowie Sicherheit und Verteidigung;
- die weitere Verstärkung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens in seinen Zielen und Instrumenten sowie die Anpassung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens an die erweiterte Europäische Union;
- der Vorschlag des EU-Konvents für eine Verfassung der Europäischen Union;
- die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch die Russische Föderation;
- die Umsetzung der erleichterten Transitbestimmungen zwischen der Region Kaliningrad und dem restlichen Gebiet der Russischen Föderation.

Der Parlamentarische Kooperationsausschuss

nimmt die Ergebnisse des elften Gipfeltreffens EU-Russland vom 30.-31. Mai 2003 in St. Petersburg und deren Umsetzung zur Kenntnis;
erörtert die „Gemeinsamen Räume“, die in St. Petersburg vereinbart wurden, insbesondere auf den Gebieten Wirtschaft, Bildung, Inneres und Sicherheit, und unterstreicht die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Russischen Föderation weiterhin im Rahmen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens, welches formal und in seinen Anwendungen auf die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgeweitet werden müsse, zu stärken;
spricht auch Fragen der Sicherheitspolitik und insbesondere den Kampf gegen den internationalen Terrorismus sowie Fragen im Zusammenhang mit der Nichtverbreitung an.

In Bezug auf die Region Kaliningrad als eine Exklave der Russischen Föderation, die von den zukünftigen Mitgliedstaaten der EU umgeben sein werde, berichtet Herr Elmar BROK, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Europäischen Parlaments dem Ausschuss von der erfolgreichen Umsetzung der erleichterten Transitbestimmungen für die russischen Staatsbürger. Es werden weitere Vorschläge und Projekte der Regierung der Russischen Föderation zur Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Lage dieser besonderen Region angesprochen, und der Ausschuss wird von der Europäischen Kommission über die Aktivitäten der Europäischen Union, die dasselbe Ziel verfolgen, informiert.

Der Ausschuss begrüßt die institutionelle Stärkung der Instrumente des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens auf dem Gipfeltreffen in St. Petersburg und unterstreicht im Hinblick auf das bevorstehende Gipfeltreffen EU-Russland in Rom die Notwendigkeit der ausstehenden Ratifizierung der Abkommen vor dem Beitritt Russlands zur WTO und neuer Anstrengungen, um den Ratifizierungsprozess des Kyoto-Protokolls zu ermöglichen.

In einer Aussprache mit Herrn Giorgio NAPOLITANO, dem Vorsitzenden des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments, erörtert der Ausschuss schließlich den Entwurf für die Europäische Verfassung als ein aktuelles Thema für die Tagung des Europäischen Parlaments im September.